

schaft der iranischen Schiiten im (Ersten) Golfkrieg zu erklären und Wilfried von Bredows Kritik an recht heilsgewissen Nuklearkriegsszenarien der frühen 1980er Jahre. Noch viel weiter führt die psychoanalytische Kriegsverarbeitung der Psychoanalytiker Grubitzsch vor, wenn er Sigmund Freud und Emil Kraepelin in ihrer jeweilig entgegengesetzten Entwicklung vergleicht, auch wenn dies v. a. für seine eigene Zunft wichtig ist.

Es liegt ein sehr anregender Band mit meist innovativen Aufsätzen und Ansätzen vor, die zeigen, daß gerade in der psychischen Auseinandersetzung und Verarbeitung von Krieg auf sehr vielen Gebieten noch Grundlagenarbeit gegenüber dominierenden »Bildern« in den Köpfen der Historiker wie der Allgemeinheit zu leisten ist. *Jost Dülffer, Köln*

Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Deutschland zwischen Krieg und Frieden: Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert, Droste Verlag, Düsseldorf 1991, 471 S., geb., 78 DM.

Diese Festschrift anlässlich der Emeritierung des Bonner Historikers Hans-Adolf Jacobsen zielt auf eine angemessene Würdigung der herausragenden Verdienste des Jubilars für die historische Wissenschaft und vor allem für die zeitgeschichtliche Forschung. Im Geleitwort verweisen die Verfasser zu Recht auf die auch an dem beeindruckenden Umfang der Publikationsliste sichtbare Vielfalt des wissenschaftlichen Schaffens von Hans-Adolf Jacobsen. Seine Forschungsschwerpunkte, zunächst auf die Militär- und Diplomatiegeschichte gerichtet, verlagerten sich zunehmend auf die internationalen Fragestellungen, insbesondere auf die zeitgenössischen Entwicklungen in Polen sowie in der Sowjetunion, und konzentrierten sich in jüngster Zeit auch auf Fragen der aktuellen Friedensforschung. (S. 11)

Die vorliegende Schrift mit insgesamt 33 Beiträgen namhafter Autoren aus dem In- und Ausland bietet ein äußerst ansprechendes Spiegelbild dieser breiten Palette der Forschungstätigkeit. Dies rührt nicht zuletzt auch daher, weil einer Vielzahl der Beiträge anzumerken ist, daß sie zum einen aus fundierter Kenntnis der Machtstrukturen, zum anderen aber auch mit der nötigen wissenschaftlichen Distanz geschrieben wurden. Diese Festschrift soll, so betonen die Herausgeber in der Einleitung, die neueste Geschichte Deutschlands von der Epoche der Weltkriege bis zum Ende der Teilung Europas am Beispiel ausgewählter Probleme, zentraler Ereignisse und folgenreicher Entscheidungsprozesse veranschaulichen. (S. 13) In insgesamt vier Kapiteln werden als zentrale Epochenprobleme zunächst die Zeit der Diktaturen und des Zweiten Weltkriegs bis zur Teilung Europas, anschließend die Rolle Deutschlands im Kräftefeld der internationalen Politik der Nachkriegszeit – von der Konfrontation des Kalten Krieges bis zur gesamteuropäischen Kooperation – und schließlich Fragen der Militär- und Sicherheitspolitik sowie Beispiele für grenzüberschreitende Verständigungsarbeit und innenpolitische Selbsterkundung behandelt.

So analysiert, um hier nur einige Themen aus den genannten Kapiteln zu nennen, Karol Jonca in seinem Beitrag »Der Fall Herschel Grynszpan und die ›Reichskristallnacht‹« die Radikalisierung des Antisemitismus im Dritten Reich (S. 43 ff.). Manfred Funke stellt die Außenpolitik Italiens zur Zeit des Zweiten Weltkrieges vor (S. 75 ff.), während Arthur L. Smith Jr. »Der geplante Tod« die These des kanadischen Journalisten James Bacque vom Massensterben deutscher Soldaten in amerikanischer Gefangenschaft zu entkräften sucht. (S. 108 ff.) Wolfgang Pfeiler skizziert in seinem Aufsatz »Moskau und die deutsche Frage« die Etappen der sowjetischen Deutschlandpolitik von Brest-Litowsk über die Helsinki-Konferenz bis zur Einheitsoption (S. 181 ff.), Ulrich de Maizière äußert sich als Zeitzeuge

zur Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Nuklearstrategie der NATO (S. 277 ff.), und Werner Weidenfeld befaßt sich mit dem Geschichtsbewußtsein der Deutschen. (S. 442 ff.)

Angesichts der Vielzahl der Beiträge soll an dieser Stelle nur exemplarisch auf zwei näher eingegangen werden. Klaus-Jürgen Müller untersucht in seinem Aufsatz »Revision, Aufrüstung und nationale Sicherheit« die im Anschluß an Hitlers Machtübernahme auftauchenden Zielkonflikte zwischen Reichswehr und Auswärtigem Amt über die Reichweite der sog. Revisionspolitik in den Jahren 1933–1935. Die Konzeption des Auswärtigen Amtes, verkörpert in der Person des Staatssekretärs von Bülow, zielte zunächst mit Blick auf die angestrebte finanzielle und wirtschaftliche Gesundung des Reiches auf eine temporäre Entspannung durch Kooperation mit den europäischen Großmächten als Grundlage für eine spätere Revisionspolitik. (S. 20) Demgegenüber standen die im wesentlichen mit Hitlers Vorstellungen übereinstimmenden Zielsetzungen der Reichswehr bzw. des deutschen Generalstabs, dessen neuer Chef, Generalleutnant Beck, durch eine autonome Aufrüstungs- und Militärpolitik die nationale Sicherheit des Reiches garantieren wollte.

An verschiedenen Krisensituationen, der Abkehr des Reiches von der Genfer Abrüstungskonferenz im Herbst 1933, ein Jahr später bei den deutsch-französischen Spannungen im Vorfeld der Saarabstimmung (S. 23) sowie vor allem der Remilitarisierung der Rheinlande im März 1936 macht der Autor das Dilemma zwischen dieser behutsamen Linie des Auswärtigen Amtes einerseits und der riskanten Haltung des Generalstabes andererseits deutlich. Den Warnungen von Bülows, der mit Blick auf die drohenden, die Sicherheit des Reiches gefährdenden internationalen Reaktionen »ein in Methode und Mitteln mehrdimensionales Sicherheitskonzept, das keineswegs revisionistische Großmachtspolitik ausschloß« (S. 25) favorisierte, hielt Beck die Auffassung entgegen, daß »die Diplomatie lediglich die Aufgabe [habe], solche strategisch-politischen Maßnahmen außenpolitisch vorzubereiten und abzuschirmen.« (S. 25) Für den Autor ist die Unfähigkeit, diese divergierenden Konzepte zugunsten einer koordinierten Politik miteinander in Einklang zu bringen (S. 27), ausschlaggebend für die Gefährdung der von beiden Seiten gleichermaßen angestrebten Zielsetzung, der Erringung einer dominierenden Machtstellung des Reiches in Mittel- und Mitteleuropa. Die sich in der Folgezeit anbahnende antideutsche Konstellation in Europa mit drohender Isolierung des Reiches zwang aus Sicht des Generalstabs zu einer rasanten Beschleunigung und Ausweitung der Aufrüstung mit der Folge eines langfristig die finanziellen und personellen Mittel des Reiches übersteigenden allgemeinen Rüstungswettlaufs in Europa. (S. 28) Die Konsequenz aus dieser Entwicklung zog Hitler – von den Militärs in dieser Form sicherlich nicht erwartet und beabsichtigt – mit seinem im Herbst 1937 formulierten Beschluß zum Krieg mit der Begründung, »daß angesichts der Überspannung der deutschen Ressourcen bald ein Zeitpunkt erreicht werde, nach welchem die militärische Lage in Folge der Gegenmaßnahmen der anderen Mächte »nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten [. . .] erwarten« lasse«. (S. 28)

Diese Zwangslage, hierin ist dem Autor zuzustimmen, war unabhängig vom prinzipiellen Kriegswillen Hitlers sicherlich durch eine den gesamtpolitischen Kontext nicht berücksichtigende Aufrüstungspolitik, einer an »Kategorien rein militärischer Macht und Machtpolitik ausgerichteten Denkweise«, die den Militärs »den Zugang zu politischen Alternativen« (S. 29) versperrte, mitverursacht. Zu wenig wird jedoch bei dieser Interpretation berücksichtigt, daß – unabhängig von den für die Militärs demütigenden Erfahrungen der Ruhrbesetzung – die Erfolgsaussichten für politische Initiativen zur Sicherung des Reiches angesichts von Präventivkriegsdrohungen führender französischer Militärvertreter bei der nationalsozialistischen Machtübernahme und der rigiden Haltung Frankreichs auf der Genfer Abrüstungskonferenz nicht gerade vielversprechend waren.

Exemplarisch für die Rolle Deutschlands im Nachkriegseuropa sei hier noch kurz auf den Beitrag von Mieczlaw Tomala eingegangen, der sich aus polnischer Sicht mit den ver-

schiedenen Phasen der deutsch-polnischen Beziehungen seit dem Warschauer Vertrag von 1970 bis zum deutsch-polnischen Grenzvertrag 1990 befaßt. Eindringlich betont der Autor die besondere Bedeutung des Warschauer Vertrages – das Ende der Nachkriegszeit zwischen beiden Staaten (S. 146) – durch die Anerkennung der polnischen Westgrenze in Verbindung mit einem Verzicht auf Gewalt und Gebietsansprüche durch die Bundesrepublik Deutschland. Die mit dem Abschluß dieses Vertrages verbundenen Hoffnungen Polens auf Kreditgewährung sowie Entschädigungsleistungen zugunsten ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter blieb jedoch unerfüllt und somit ein Dauerthema in den deutsch-polnischen Beziehungen. Fortschritte wurden lediglich auf kulturellem Sektor (Einrichtung einer deutsch-polnischen Schulbuchkommission) und im Bereich des Wirtschaftsverkehrs (Vervierfachung von 1970 bis 1974) erzielt.

Erst die Konferenz von Helsinki mit der erneuten Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze, der dort vereinbarte Milliardenkredit an Polen und die im Gegenzug gewährte Erhöhung der Ausreisezahlen der deutschstämmigen Aussiedler brachte, symbolisiert auch durch die gegenseitigen Staatsbesuche (Gierek Juni 1976/Schmidt im November 1977) und einer Vielzahl privater Kontakte zwischen Deutschen und Polen, eine spürbare Verbesserung der bilateralen Beziehungen. (S. 152) Rückschläge erfuhr diese hoffnungsvolle Entwicklung durch die Anfang der 1980er Jahre im Zusammenhang mit der Gründung der Oppositionsbewegung »Solidarität« erfolgten Einführung des Kriegsrechtes in Polen. Hinzu kamen erhebliche Irritationen der polnischen Führung über die in der Bundesrepublik einsetzende Neuauflage der Diskussion über die deutsche Frage – in polnischen Statements als »Großdeutsches Expansionsstreben« (S. 154) interpretiert –, die Querelen wegen der Terminierung der Polenreise des Bundeskanzlers zum 1. 9. 1989, dem 50. Jahrestag des deutschen Angriffs aus Polen und die von Theo Waigel initiierte Debatte über Oder-Neiße-Grenze.

Die in der Berufung von Tadeusz Mazowieckis zum polnischen Regierungschef 1989 sowie in der wohlwollenden Haltung gegenüber den aus der DDR in die deutsche Botschaft nach Warschau geflüchteten Bürgern deutlich sichtbare grundlegende politische Wende in Polen brachte auch eine Neubewertung der Frage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen und deren Recht auf Wiedervereinigung. Der entscheidende Durchbruch in den bilateralen Beziehungen wurde nicht nur beim Besuch des Bundeskanzlers am 9. 11. 1989 in Polen und mit der dort verabschiedeten gemeinsamen Erklärung zur Beilegung bisher strittiger Probleme, z. B. über die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen, sondern auch in dem am 14. 11. 1990 vom vereinigten Deutschland mit Polen unterzeichneten Grenzvertrag deutlich.

Fazit: Insgesamt betrachtet eine empfehlenswerte Festschrift, die nicht nur das wissenschaftliche Wirken des Jubilars durch die Themenvielfalt der Beiträge angemessen charakterisiert und würdigt, sondern auch durch die vielfältigen Interpretationsansätze der Autoren zur Darstellung der die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert kennzeichnenden Ereignisse, Strukturen und Prägekräfte eine informative und vor allem anregende Lektüre darstellt.

*Peter Klefisch, Düsseldorf*